

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Mittlere Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich Mark ohne Infragen. — Einzelne Nummern M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Leipzig 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde.

**Anzeigenpreise:** Sechseckpappe Korpusgröße 1/2 M., außerhalb der Umfassungsmannschaft 1/2 M., im amtlichen Teil von Bedebden) beim 1/2 M. — Einzelband mit Reklamen 1/2 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 251

Mittwoch den 27. Oktober 1920

86. Jahrgang

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Vereinsbank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Dippoldiswalde wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und vollzogener Schlußverteilung hierdurch aufgehoben.  
K. 1/12. Amtsgericht Dippoldiswalde, den 19. Oktober 1920.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Händlers Karl Eduard Schubert in Aretzka wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.  
K 1/20. Amtsgericht Dippoldiswalde, den 21. Oktober 1920.

## Kartoffelmarken

(2. Lieferung) werden Mittwoch den 27. Oktober 1920 vormittags von 9—12 Uhr im Rathaus ausgegeben. Jeder Versorgungsberechtigte erhält den zweiten zugewiesenen Zentner. Der Preis beträgt 20 M., für Minderbemittelte 15 M. für 1 Zentner.

Anspruch haben nur die Personen, die nach der bereits erfolgten Anmeldung durch die Stadt zu versorgen sind.

Die Kartoffeln werden am gleichen Tage von vormittags 9 Uhr ab im Bauksuppen auf dem Platze, später im Brauereifeller ausgegeben.  
Dippoldiswalde, am 25. Oktober 1920. Der Stadtrat.

## Haupt-Übung

beider städtischer Feuerwehren verbunden mit Besichtigung durch die städtischen Körperschaften

Sonntag den 31. Oktober 1920 7 1/2 Uhr vormittags.

Der Branddirektor.

## Vertilches und Sächliches.

Dippoldiswalde. Eine zweite Wählerversammlung hielt die Deutsche Volkspartei am Montagabend in der Reichstrone ab. Auch diesmal litt sie unter schwachem Besuche. Vielleicht hatten viele den Termin der Wahl noch zu fern, vielleicht liegt die geringe Besucherzahl (denn die Versammlungen aller Parteien leiden an diesem Uebel) auch daran, daß hinterher — kein Tanz folgt. Nach Begrüßungsworten des Herrn Direktor Ingenieur Weller, in denen er alle um ein Mitkämpfen im Sinne der Deutschen Volkspartei bat, erhielt Herr Tierärztenspezialist Dietrich-Baughen das Wort. Das gestellte Thema „Land- und Volkswirtschaft im neuen Landtage“ behandelte er allerdings recht stiefmütterlich, auch stellte er die deutschen Angelegenheiten zu sehr in den Vordergrund und ging auf die Sachverhalte beruhenden und bei den kommenden Wahlen doch besonders zur Erörterung stehenden Fragen nur kurz ein, was er aber ausführte, trug den Stempel eines treudeutschen Herzens, das sein Vaterland wieder emporkommen sehen und ihm helfen möchte, wo es nur möglich ist. Nach einem Blick über die Wahlergebnisse in Sachsen zur letzten Reichstagswahl, sprach Herr Dietrich über die Tätigkeit der Partei in der Regierung, warf einen Blick auf die angrenzenden, einst feindlichen Staaten, die trotz des Friedens uns immer weiter erniedrigen möchten. Aber deutsches Fleiß und deutsche Treue könnten sie uns nicht rauben. Möchte beides wieder Allgemeinut werden. Weg vom Materialismus, der im Schieber- und Wuchererum seine argsten Blüten treibt. Ein Blick sei weiter der Hoß gegen das Kapital. Ohne dieses sei es undenkbar, mit dem Auslande wieder Handel zu treiben. Ohne die Ausfuhr sich ein Kapital, und sei es auch nur ein kleines, zu erlangen, läßt jedes Streben auf, und darin lägen auch die großen Gefahren für eine Sozialisierung. Die Feindschaft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber müsse aufhören und könne aufhören, wenn jeder leure, ein großes allgemeines Ziel, Deutschlands Zukunft, im Auge zu haben. Anpassen an die gegebenen Verhältnisse, Annäherung finden in den einzelnen Punkten, das sei Aufgabe des Einzelnen und jeder Partei; mehr könne eine Partei nicht erreichen. Herr Dietrich besprach dann die Stimmzettel der Partei in den einzelnen Kreisen und die darauf vermerkten Personen und nahm Stellung zu unserer jetzigen Landesregierung, deren ganz einseitige Zusammenlegung er lebhaft bedauerte, dadurch seien auch die gefassten Beschlüsse ganz einseitig und wenig befriedigend. Danach behauptete er einen sehr wunden Punkt, die Arbeitslosigkeit. Hier gelte es produktive Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es sei vollkommen falsch, mit vergrößert Arbeitszeit helfen zu wollen, um nur Leute zu beschäftigen. Wie viele Kulturaufgaben seien nötig und wie dringend sei die Wohnungsfrage. Von sich aus sage er, sei es nicht besser, wenn auch teuer zu bauen, so doch die Erwerbslosen zu beschäftigen und ihnen Freude durch die Arbeit zu machen, als Millionen an Erwerbslosen-Unterstützung zu zahlen. Und endlich sei uns noch eines wichtig: die Rückkehr zur Gottesfurcht. Autorität sei nötig in der Familie und im Staate; wie aber könne diese anerzogen werden und weiter bestehen, wenn der Glaube an eine höhere Macht systematisch vernichtet werde. Deutsch sein, heiße religiös sein, möchten wir uns die Liebe zur Arbeit nicht nehmen lassen, möchten wir allen Hoß melden, unsere deutschen Ideale fördern. Am Schluß nahm Herr Dietrich noch Stellung zur Finanzfrage. Die Regelung der Finanznot sei weder möglich durch Steuern, noch durch Vertretung der Lebensmittel, noch durch höhere Löhne, sondern nur durch Einschränkungen der Ausgaben; jeder an seinem Teile müsse sparen, in der Familie, im Staate, im Reiche. Arbeitse jeder an der Stelle, wozu er gestellt, wozu er berufen sei, dazu werde auch unser Vaterland nicht zu Grunde gehen. Herr Direktor Weller dankte dem Referenten und schloß nach kurzer Pause, da sich niemand zur Debatte meldete, die Versammlung mit

der Hoffnung, daß weitere Wahl Versammlungen der Deutschen Volkspartei noch Debatte bringen würden.

— Nachfolgender Artikel ging uns mit der Bitte um Aufnahme zu: Ueber schlechte Arbeitsverhältnisse, über Teuerungen und ihre angeblichen Ursachen wird in den Volksversammlungen immer sehr viel gesprochen, so auch in der am Donnerstag nachmittags im Schützenhause abgehaltenen, wozüber die Weißeritz-Zeitung in Nr. 248 vom 23. 10. d. J. bereits berichtete. Nachstehende Ausführungen lassen erkennen, daß nicht, wie in der Versammlung behauptet, der Kapitalismus die ganze Schuld an der schwierigen Lage trägt, sondern daß die Maßnahmen, die durch die Mächte der Revolution herbeigeführt wurden, den größten Teil der Schuld tragen. Betrachtet man die Kosten, welche die Allgemeinheit tragen mußte, als die vergrößerte Arbeitszeit von 9 1/2 auf 8 Stunden eingeführt wurde, so ergibt sich schon ein so erheblicher Betrag, der genügt, um die Ausgaben eines größeren Staates zu decken. Es werden in Deutschland gegen Lohn und Gehalt 18—20 Millionen Menschen beschäftigt, diese verdienen zur Zeit der Einführung des 8-Stunden-tages M. —,75—M. 1,75, also im Durchschnitt 1,25 pro Stunde. Es war nun Bedingung, daß jeder Arbeiter und jeder Beamter trotz der Arbeitszeitverlängerung genau das gleiche verdienen sollte als bei 9 1/2 Stunden und teilweise sogar mehr Arbeitszeit. Der Arbeitgeber mußte also hier 1,5 · 1,25 = M. 1,85 für jeden Arbeitnehmer zunächst aus seiner Tasche pro Tag darauflegen. Rechnen man nun diesen Betrag für 20 Millionen Arbeitnehmer, so erhält man eine Summe von 20 · 1,85 = M. 37 Millionen pro Tag |

oder an 300 Arbeitstagen  
37 · 300 = 11 100 Millionen Mark oder 11,1 Milliarden.  
Glaubt nun jemand, daß es möglich sei, daß diese große Summe von den Arbeitgebern getragen werden könnte? Nein, so etwas ist nicht möglich, solche Belastungen kann ein Betrieb nicht ertragen, es mußte also die ganze Summe auf die Erzeugnisse aufgeschlagen werden, das war der Anfang zur Teuerung. Hierauf folgten die Lohnforderungen und darauf die neue Teuerungswelle und so fort, bis wir schließlich da angekommen sind, daß die Einkommen ins Ungeheure gestiegen sind, aber keiner hat einen Nutzen davon, denn alle Bedürfnisse des Lebens stehen so hoch im Preise, daß sie kaum noch bezahlt werden können, man kann nur eben die Nahrung beschaffen, alles andere muß bleiben, solange es irgend geht. Noch ein Punkt muß hier erwähnt werden, der die Teuerung mit verschärft. Um die 37 Millionen pro Tag zahlen zu können, machte es sich nötig, die Zahlungsmittel zu beschaffen. Das geschah, indem man die Notenpresse in Tätigkeit setzte. Eine natürliche Folge davon war die Entwertung unseres Geldes, denn für die vermehrten Noten war keine Deckung vorhanden. Das Ausland nahm von diesem Vorgang natürlich Kenntnis, und die Folge war ein Sinken unserer Währung. Mit jeder neuen Lohnforderung und mit jeder neuen Steigerung des Papiergeldumschlages, die jede Lohnsteigerung zur Folge haben mußte, sank der Stand unserer Valuta immer mehr, was ja jedem Kinde heute bekannt ist. Der 8-Stunden-Tag hat aber noch viel tiefer in das Wirtschaftsleben eingegriffen, diese Eingriffe und deren Folgen sind nur leider der Allgemeinheit nicht erkennbar, sogar der Arbeitgeber, der täglich damit rechnet, übersieht die Tragweite für die Allgemeinheit, wenn er seine Rechnungen aufstellt, die zur Aufrechterhaltung seines Betriebs nötig sind. Jeder Betrieb hat Generalunkosten, das sind z. B. Kosten für die Arbeitskraft, Raumkosten oder Verzinsung der Gebäude und Maschinen, Heizung, Licht, Fuhrwerk, Gehälter für Beamte usw. Wird nur kurze Zeit im Jahre gearbeitet, so müssen diese Kosten in kurzer Zeit aufgebracht werden, während bei längerer Arbeitszeit mehr Zeit dazu zur Verfügung steht. Auf die Zeiteinheit, also auf die Stunde, kommt ein kleinerer Anteil der Generalunkosten, mit anderen Worten, die in dem Betriebe erzeugte Ware muß billiger

werden. Nun weiß man aus Erfahrung, daß die Generalunkosten in den einzelnen Betrieben 100—300%, also legen wir hier im Mittel 200% des produktiven Lohnes beitragen, arbeitet also ein Arbeiter, der pro Stunde, wie es im November 1918 war, im Mittel 1,25 M. verdiente, 1 1/2 Stunde weniger, so belastet er seinen Betrieb und weller die Allgemeinheit mit

1,5 · 1,25 = 1,85 M.
plus 200% 3,70 „
5,55 M.

Diese Rechnung stimmt zwar nicht mathematisch genau zu, um aber die Vorgänge anzugeben, genügt diese Betrachtung. Von den 18—20 Millionen gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Arbeitern kommen schätzungsweise 5 Millionen in Frage, bei denen mit obiger Kalkulationszahl gerechnet werden muß. Es ergibt sich damit ein Betrag von

5 · 5,55 = 27,75 Millionen pro Tag
oder an 300 Arbeitstagen
27,75 · 300 = 8325 Millionen oder
8,325 Milliarden.

Diese Zahl stimmt ungefähr 1918 im November und ist heute nach den eingetretenen Lohnsteigerungen und der sich daraus ergebenden Teuerung unerträglich gestiegen. Der Lohn ist heute 1,70 bis 6 M., also im Durchschnitt 3,35 M. Der Kalkulationsumschlag wird damit, die Generalunkosten (Gehälter, Frachten usw.) auch gestiegen sind, nicht geringer, es bleibt bei 200%, so daß für 1,5 Stunden weniger Arbeitszeit, die der Achtstundentag bedingt,

1,5 · 3,35 = 5,00 M.
plus 200% 10,00 „
In Summa 15,00 M.

und bei 5 Millionen Arbeitnehmern

15,5 = 75 Millionen
pro Tag und an 300 Arbeitstagen
75 · 300 = 22500 Millionen

oder 22,5 Milliarden in Rechnung zu stellen sind. Man kann demnach ohne Uebertreibung behaupten, daß der Achtstundentag bei der Lage, in der sich unser Vaterland befindet, nicht am Platze war, er bedeutete Gift für unser Wirtschaftsleben. Die vorstehenden Zahlen lassen sich noch durch viele ergänzen, so durch die Beträge, die durch die Fertigkeit verlustig gehen, die jetzt jeder Arbeitnehmer verlangt und während welcher das Arbeitslohn gezahlt wird, wodurch die Generalunkosten erhöht werden. Man gönnt dem Arbeiter die Erholung, aber alles zu seiner Zeit. Jedenfalls geht aus den angeführten Betrachtungen, ferner durch die unangenehmen Verhältnisse bei der Reichspost und Reichsbahn, welche auch durch den Einfluß des Achtstundentages herbeigeführt sind; hervor, welcher großen Einfluß der Achtstundentag auf unser durch den Krieg geschwächten Wirtschaftskörper ausübte und daß es nur Phrasen sind, wenn jemand behauptet, daß der Achtstundentag nicht nachteilig sei und man bei gutem Willen ebensowohl machen könne, wie in 9 1/2 Stunden. Die letztere Behauptung ist nur Phrasen zu nennen, denn zur Zeit, als unser Vaterland in größter Blüte stand, wurde mit Fleiß gearbeitet und trat der Fall ein, daß die vorhandenen Arbeiter nicht bewältigt werden konnten, dann griff man zur Überstunden-Arbeitszeit und schaffte mit 1/2 bis 1 Stunde das, was fehlte. Wenn sich der eine oder andere Betrieb noch in Bezug auf Leistung nach Einführung des Achtstundentages etwas verbessern konnte, um die Schwärze auszuweichen, die entstand, so kann dies doch nicht für die Allgemeinheit als zutreffend gelten. Es ist höchste Zeit, daß man sich besinnt, die Verhältnisse zu ändern. Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter ist nicht mehr möglich, da die Preise für die Erzeugnisse eine Höhe angenommen haben, die niemand mehr zahlen kann, der Weltmarktpreis ist erreicht. Die Ausländer halten ihre Aufträge zurück, nachdem ihnen die deutschen Fabrikanten keine Vorteile mehr bieten können. Im Inlande hat bisher die vielgeschmähte Landwirtschaft, die angeblich das Geld für ihre Produkte nur gar zu leicht